



Streitkraft Bundeswehr

Personal &
Ausbildung

Auftrag &
Aufgaben

Budget &
Organisation

Werte &
Normen

Arbeitskreis Verteidigung der



Streitkraft Bundeswehr

Der Weg zur Verteidigungsfähigkeit
Deutschlands.

Berlin 2019



*Herausgegeben vom Arbeitskreis Verteidigung der
AfD-Bundestagsfraktion
Platz der Republik 1
11011 Berlin
E-Mail: ak-verteidigung@afdbundestag.de*



„Der Gedanke an eine Welt ohne Krieg ist verlockend. Ich mag ihn. Wir sollten aber vorbereitet sein, wenn es nicht funktioniert.“

Rüdiger Lucassen, verteidigungspolitischer
Sprecher AfD-Bundestagsfraktion



Inhaltsverzeichnis

Präambel	9
Handlungsfelder	19
Personal & Ausbildung	20
• Ausbildung	20
• Wehrdienst	22
• Reservisten	24
Auftrag & Aufgaben	26
• Landesverteidigung	26
• Bündnisverteidigung	28
• Auslandseinsätze	30
• Einsatz im Inneren	32
• Heimat- & Grenzschutz	34





Budget & Organisation	36
• Haushalt	36
• Struktur	38
• Verwaltung	40
• Material & Ausrüstung	42
 Werte & Normen	 44
• Selbstverständnis & Tradition	44
• Soldat & Gesellschaft	46
• Menschenführung & Auftragstaktik	48



Präambel

Streitkräfte verkörpern den vitalen Anspruch eines Staates auf nationale Souveränität und territoriale Integrität. Sie sind zudem das Instrument, um ein Land, dessen Güter und seine Bürger vor Angriffen von außen zu schützen. Die geographische Lage und das politische Gewicht der Bundesrepublik Deutschland erfordern ein modernes und kampfstarkes Militär, das befähigt ist, allen Arten konventioneller Bedrohungen standzuhalten. Das Grundgesetz weist diese Aufgabe der Bundeswehr zu. Deutschlands Streitkräfte müssen darüber hinaus befähigt sein, den ihnen zugewiesenen Anteil zu Abwehr atomarer, biologischer und chemischer sowie hybrider Angriffe uneingeschränkt zu erfüllen.

Seit vielen Jahren können die deutschen Streitkräfte diesen hoheitlichen Schutzauftrag unseres Landes nicht mehr erfüllen. Die Bundeswehr ist als Ganzes nicht einsatzbereit. Die Verantwortung für diesen

Verfassungsbruch tragen nicht die Soldaten der Bundeswehr, die treu ihren Dienst für das Vaterland versehen. Die Schuld verantwortet eine Politik der letzten Jahrzehnte, die Deutschlands Streitkräfte bis zur Unkenntlichkeit geschrumpft und entkernt hat. Der Gesamtzustand der deutschen Bundeswehr hat die kritische Schwelle der militärischen Einsatzbereitschaft so weit unterschritten, dass partielle Maßnahmen nicht mehr ausreichen, um die Truppe für ihre heutigen und zukünftigen Aufgaben zu rüsten. Der Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Bundestagsfraktion legt daher die Konzeption „Streitkraft Bundeswehr“ vor. Ihr Ziel ist die Wiederherstellung der Verteidigungsbereitschaft Deutschlands.

Die Wiederherstellung der Verteidigungsbereitschaft Deutschlands und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr wird mehrere Legislaturperioden in Anspruch nehmen. Eine solche Langzeitaufgabe kann nur auf der Basis einer gefestigten gesellschaftlichen Akzeptanz für den Anspruch eines Staates auf



Selbstbehauptung gelingen. Die äußere Sicherheit unseres Landes muss deshalb einen herausgehobenen Stellenwert im Bewusstsein des deutschen Volkes erlangen. Er ist die Basis für die notwendige politische Durchhaltefähigkeit zur Restauration der Bundeswehr. Die Einsatzbereitschaft der deutschen Streitkräfte muss zukünftig unabhängig von konkreten sicherheitspolitischen Ereignissen garantiert sein. Der Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Bundestagsfraktion strebt dafür eine Novellierung der grundgesetzlichen Vorgaben an.

Landesverteidigung ist die natürliche Legitimation von Streitkräften. Die Garantie der staatlichen Selbstbehauptung Deutschlands ist damit der erste und ranghöchste Auftrag der Bundeswehr. Alle anderen Aufträge sind nachgeordnet. Auslandseinsätze zur Stabilisierung fremder Staaten dürfen die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands zu keinem Zeitpunkt gefährden. Sie unterliegen darüber hinaus stets dem nationalen Interesse Deutschlands sowie den strengen Vorgaben aus nationalem und internationalem Recht.



Organisationsstruktur, Personalwesen und Materialbeschaffung der Bundeswehr richten sich am Primat der Landesverteidigung aus. Aufgaben im Ausland, die nicht das militärische Kerngeschäft betreffen, werden zukünftig an andere staatliche Institutionen übertragen und in Kooperation mit privatwirtschaftlichen Dienstleistern erfüllt.

Der Schutz seiner Bürger im Ausland ist von der Zurückhaltung Deutschlands bei weltweiten Kampfeinsätzen nicht betroffen. Die Bundesrepublik versetzt ihre Streitkräfte personell, materiell und rechtlich in die Lage, den ihr zugewiesenen Schutzanteil an jedem Ort der Erde gewährleisten zu können. Im Falle terroristischer Bedrohungen gegen die Bundesrepublik Deutschland und ihre Bürger, wird die Bundeswehr auch zur Gefahrenabwehr und zur Unterstützung der Strafverfolgung im Ausland befähigt und autorisiert. Die Bundesrepublik pflegt dazu ein verlässliches Kooperationssystem mit anderen Staaten. Die Bundesregierung trägt jedoch dafür Sorge,



dass Aufträge aus diesem Spektrum auch gegen den Willen anderen Staaten durchgeführt werden können. Ein präzises und robustes Vorgehen deutscher Streitkräfte entfaltet durch seine abschreckende Wirkung auch einen präventiven Schutz für Deutsche im Ausland.

Deutschland rückversichert seine Verteidigungsbereitschaft seit 1955 durch die Mitgliedschaft in der NATO. Das nordatlantische Bündnis hat seine Leistungsfähigkeit und Verlässlichkeit in den Jahrzehnten des Kalten Krieges beständig unter Beweis gestellt. Auch heute gibt es auf absehbare Zeit keine gleichwertige Alternative, um das Schutzbedürfnis der Bundesrepublik Deutschland zu erfüllen. Die nuklearen Fähigkeiten der Partner im nordatlantischen Bündnis stellen dafür eine wesentliche Komponente der militärischen Abschreckung dar. Deutschland hat ein vitales Interesse an der Teilhabe dieser Fähigkeit, bis eine gleichwertige Alternative zur Verfügung steht. Damit die NATO ihre militärische und

politische Stärke erhalten kann, muss die Bundesregierung die vertraglich vereinbarten Zusagen gegenüber dem Bündnis uneingeschränkt erfüllen. Darüber hinaus muss die Bundesregierung deutlich machen, dass sie die herausragende strategische Bedeutung der NATO für unser Land respektiert. Deutschlands militärpolitische Rekonstitution wird enorme Anstrengungen verlangen. Die Ergebnisse dieser Korrektur dürfen nicht in Doppelstrukturen anderer Bündnisformen investiert werden, die zu einer Schwächung der NATO führen. Die zukünftige deutsche Bündnispolitik wird das strategische Gefüge unseres Landes und Europas auf Jahrzehnte prägen. Fehlentscheidungen in der deutschen Bündnispolitik werden die strategische Sicherheit Deutschlands und des Kontinents zur Disposition stellen.

Zur Rekonstitution der deutschen Streitkräfte ist neben materieller und personeller Aufrüstung auch eine geistig-moralische Reform der Truppe zwingend erforderlich. Die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr

hängt zu einem wesentlichen Teil von der Motivation und der charakterlichen Festigkeit ihrer Soldaten ab. Im Zentrum jedes militärischen Denkens müssen die Befähigung und der Wille zum Kampf stehen. Erziehung und Führung jedes deutschen Soldaten muss daraufhin ausgerichtet sein. Auch das militärische Selbstverständnis und das Traditionsbild der deutschen Streitkräfte dienen der Befähigung und der Motivation jedes einzelnen Soldaten zum unerbittlichen Kampf im Gefecht. Die Bundeswehr ist Teil einer Jahrhunderte alten deutschen Militärtradition. Als „Staatsbürger in Uniform“ haben die Männer und Frauen der Bundeswehr das Recht, ihr soldatisches Selbstverständnis wesentlich mitzubestimmen und weiterzuentwickeln.

Der Dienst an der Waffe ist einzigartig. Kein anderer Beruf in Deutschland setzt die Akzeptanz und den Willen voraus, tödliche Gewalt anzuwenden, um die Interessen und die Sicherheit unseres Landes zu verteidigen. Männer und Frauen, die diesen Beruf

ausüben, verdienen ein hohes Maß an gesellschaftlicher Anerkennung für ihren besonderen Dienst am Vaterland. Regierungen in Bund und Ländern sind angehalten, diese gesellschaftliche Anerkennung zu fördern und sichtbar zu machen. Die Ehrung und gesellschaftliche Privilegierung der Soldaten der Bundeswehr ist eine ressortübergreifende Aufgabe. Die Treuepflicht des Staates für seine Soldaten endet nicht mit der Entlassung aus dem aktiven Dienst.

Der gegenseitige Treuebund zwischen der Bundesrepublik Deutschland und ihren Soldaten verlangt von den Männern und Frauen in Uniform eine besondere emotionale Bindung zu unserem Land. Deutschland schützt das bewährte Prinzip des „Staatsbürgers als den geborenen Verteidiger seines Vaterlandes“. Ausländern bleibt der Dienst in der Bundeswehr verwehrt. Regierungen in Bund und Ländern fördern die staatsbürgerliche Bindung an unser Land in allen ihnen unterstehenden Bereichen und tragen so zur Stärkung des Wehrwillens in der Bevölkerung bei. Die



Reserve der Streitkräfte übernimmt bei der Bindung zwischen Volk und Streitkräften eine besondere Funktion. In einer zukünftigen Struktur der Bundeswehr wird die Reserve darüber hinaus stärker mit der territorialen Verteidigung und dem Schutz kritischer Infrastruktur beauftragt. Das Reservekorps der Bundeswehr wird zum Grenzschutz im Frieden befähigt.

Die Gesamtkonzeption „Streitkraft Bundeswehr“ besteht aus 15 militärischen und militärpolitischen Handlungsfeldern. Diese umfassen sowohl die strategische Ausrichtung der Bundeswehr, die organisatorische und technische Aufstellung, sowie das innere Gefüge für die Ausbildung und das Selbstverständnis der Truppe. Die Handlungsfelder greifen thematisch ineinander, unterliegen dabei jedoch keiner Reihenfolge. Der Arbeitskreis Verteidigung der AfD-Bundestagsfraktion wird zu jedem der 15 Handlungsfelder ein ausführliches Positionspapier veröffentlichen.

Handlungsfelder



Personal & Ausbildung

Ausbildung

Die Ausbildung unserer Soldaten entscheidet über Sieg oder Niederlage im Gefecht. Es ist die Pflicht der militärischen Führung, die Männer und Frauen der Bundeswehr körperlich und mental auf die Unerbittlichkeit des Kampfes vorzubereiten. Die Ausbildung wird im Bewusstsein dieses Prinzips durchgeführt. „Schweiß spart Blut“ hat unverändert Gültigkeit.

Die Ausbildung in der Bundeswehr hat in Friedenszeiten höchste Priorität. Sie wird von den Besten geleitet und durchgeführt. Sie ist teambasiert und wird stets mit dem besten Material unterstützt. Sie ist werte- und kulturgebunden und von arbeitsrechtlichen Einschränkungen des Zivillebens befreit. Innovation, Verlässlichkeit und Härte in der Ausbildung formen den professionellen Soldaten. Professionelle Soldaten formen schlagkräftige Streitkräfte.

Positionen:

- ✓ Die Ausbildung orientiert sich an der Realität des Kampfes.
- ✓ Die Soldaten werden zur physischen und psychischen Robustheit ertüchtigt.
- ✓ Die Soldaten werden für die reguläre und asymmetrische Kriegsführung ausgebildet.
- ✓ Nur die Besten kommen in die Ausbildung.
- ✓ Jeder Ausbilder ist auch Erzieher - er vermittelt Werte und festigt den Charakter des Soldaten.
- ✓ Vorbereitung auf Verwundung und Tod sind Bestandteil der Ausbildung.
- ✓ Arbeitsrechtliche Einschränkungen finden in der Bundeswehr keine Anwendung.
- ✓ Jeder Soldat lernt Englisch.
- ✓ Der Offizier ist zuerst Soldat und dann Akademiker.
- ✓ Die akademische Ausbildung der Offiziere richtet sich am Bedarf der Streitkräfte aus.
- ✓ Das Bataillon übt einmal im Quartal, die Brigade einmal pro Jahr.

Wehrdienst

Die personelle Vollbesetzung der Streitkräfte mit geeignetem und motiviertem Personal ist eine zwingende Voraussetzung für die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands. Mit der Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht ist der Bundeswehr die Grundlage für eine verlässliche Personalgewinnung entzogen worden. Die Aussetzung der Wehrpflicht war ein verteidigungspolitischer Fehler, der die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland gefährdet. Dieser Fehler muss korrigiert werden.

Mit dem Wehrdienst wird die Bundeswehr wieder in die Lage versetzt, ihre gegenwärtigen Personalprobleme zu lösen. Darüber hinaus gewinnt die Bundesrepublik die politische Option zurück, auf sicherheitspolitische Bedrohungen, mit einem Aufwuchs der Streitkräfte reagieren zu können. Der Wehrdienst garantiert zudem eine solide Verankerung der Bundeswehr in unserer Gesellschaft.

Positionen:

- ✓ Der Wehrdienst sichert den Personalbedarf der Bundeswehr.
- ✓ Der Wehrdienst gibt der Politik den Handlungsspielraum, die personelle Stärke der Bundeswehr der Sicherheitslage anzupassen.
- ✓ Mit dem Wehrdienst wird auch der personelle Bedarf der Reserve gesichert. Die Reserve stellt die Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr sicher.
- ✓ Mit dem Wehrdienst wird auch der Wehrwille des deutschen Volkes gestärkt.
- ✓ Frauen werden nicht zum Wehrdienst herangezogen (GG Art. 12 a, Abs. 1).
- ✓ Frauen können freiwillig Wehrdienst leisten.
- ✓ Der Wehrrersatzdienst nach Art. 12a Abs. 2 soll die Ausnahme vom bewaffneten Wehrdienst aus Gewissensgründen sein. Er dient nicht der personellen Bedarfsdeckung der sogenannten Blaulichtorganisationen.
- ✓ Der Wehrdienst fördert die Verankerung der Bundeswehr in der Gesellschaft.

Reservisten

Die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands hängt zu einem wesentlichen Teil von der Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr ab. Die Aussetzung der allgemeinen Wehrpflicht hat auch die Reserve der deutschen Streitkräfte schwer beschädigt. Ihr fehlt seitdem ein zuverlässiges System zur Nachwuchsgewinnung. Die Reserve kann ihre Hauptaufgabe, die Verstärkung der Streitkräfte im Verteidigungsfall, nicht mehr wahrnehmen. Mit der Wiedereinführung der Wehrpflicht wird auch die Grundlage für eine neue Schlagkraft und eine neue Ordnung der deutschen Reserve geschaffen. Neben einer einsatzbereiten allgemeinen Reserve, wird es in Deutschland zukünftig ein gekadertes Reservistenkorps geben. Dieses Korps wird neben den klassischen territorialen Aufgaben auch befähigt sein, im Grenzschutz eingesetzt zu werden. Für diese Aufgaben ist eine Änderung der grundgesetzlichen Bestimmungen zum Einsatz der Bundeswehr im Innern notwendig.

Positionen:

- ✓ Wir brauchen eine schlagkräftige Reserve für die Aufwuchsfähigkeit der Bundeswehr im Kriegsfall.
- ✓ Personalgewinnung erfolgt durch die Wiedereinführung der Wehrpflicht.
- ✓ Es wird keine Unterschiede bei der Ausrüstung und Besoldung zwischen der Reserve und aktiven Truppe geben.
- ✓ Das Reservistenkorps wird eingesetzt für territoriale Aufgaben, die Unterstützung der Polizei und den Grenzschutz; Stärke: 50.000.
- ✓ Es wird feste Verpflichtungszeiten für Korps-soldaten mit attraktiven Verpflichtungsprämien geben.
- ✓ Den Reserveeinheiten wird durch regionale Stationierung und Einbindung eine militärische Heimat gegeben.
- ✓ Es finden regelmäßige Übungen geschlossener Reserveeinheiten statt.
- ✓ Es gibt einen eigenen Organisationsbereich für die Reserve, der entsprechend durch einen eigenen Inspekteur geführt wird.
- ✓ Es wird Beratungsstellen für die Wiedereingliederung und personelle Weiterentwicklung von Reservisten geben.

Auftrag & Aufgaben

Landesverteidigung

Die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland und der Schutz ihrer Bürger vor Angriffen von außen ist hoheitlicher Auftrag. Die Gewährleistung der territorialen Unversehrtheit Deutschlands durch deutsche Streitkräfte ist im Grundgesetz fest verankert. Die Landesverteidigung wird dadurch zum ranghöchsten Auftrag der Bundeswehr. Alle anderen Aufträge deutscher Streitkräfte sind der Landesverteidigung unterzuordnen.

Die Bundeswehr ist heute nicht mehr zur Landesverteidigung befähigt. Der Verfassungsauftrag und die Schutzaufgabe des Staates für seine Bürger erfordern eine politische Kursänderung in der deutschen Verteidigungspolitik. Der Wiederaufbau der Bundeswehr muss dabei in ein Gesamtkonzept zur Heimatverteidigung eingebunden werden.

Positionen:

- ✓ Die Landesverteidigung ist Hauptauftrag der Streitkräfte. Alle anderen Aufträge der Bundeswehr sind nachrangig.
- ✓ Landes- und Bündnisverteidigung sind eigenständige Aufträge. Eine Konzeption der Streitkräfte stimmt beide miteinander ab.
- ✓ Deutschland braucht eine nationale Sicherheitsstrategie. Sie koordiniert alle Maßnahmen zum Luftraum-, Küsten-, Heimat- und Grenzschutz, sowie zur Zivilverteidigung und zur Cyber-Abwehr.
- ✓ Die Bundeswehr muss das gesamte Spektrum der konventionellen Kriegsführung abdecken können. Aufgegebene Fähigkeiten müssen wieder aufgebaut werden.
- ✓ Deutschland muss im Bereich der Cyber-Abwehr zu allen Maßnahmen, auch offensiven, befähigt und legitimiert sein.
- ✓ Deutschland setzt sich für die Stärkung des Wehrwillens innerhalb der Bundeswehr sowie innerhalb der gesamten Bevölkerung ein.

Bündnisverteidigung

Die NATO ist Deutschlands sicherheitspolitische Rückversicherung. Es liegt im nationalen Interesse der Bundesrepublik, die vertraglich vereinbarten Zusagen gegenüber dem Bündnis uneingeschränkt zu erfüllen, um dessen militärische und politische Stärke zu erhalten. Je schwächer Deutschlands eigene Verteidigungsfähigkeiten sind, desto abhängiger ist unser Land von den militärischen Fähigkeiten des Nordatlantischen Bündnisses. Deutschlands geographische Lage und wirtschaftliches Gewicht rechtfertigen einen militärischen Führungsanspruch unter den europäischen NATO-Partnern.

Die strategische Bedeutung der NATO ist für unser Land singulär. Parallelstrukturen anderer Bündnisformen führen zu einer gefährlichen Schwächung der transatlantischen Sicherheitsarchitektur. Deutschland beteiligt sich deshalb nicht am Aufbau einer »EU-Armee«.

Die Landes- und Bündnisverteidigung greifen konzeptionell ineinander. Die Landesverteidigung wird allerdings nicht durch die Bündnisverteidigung ersetzt.

Positionen:

- ✓ Bündnisverteidigung ist nicht gleich Landesverteidigung. Es handelt sich um komplementäre Aufgaben.
- ✓ Deutschland erfüllt seine Verpflichtungen als Bündnispartner uneingeschränkt.
- ✓ Deutschland erhebt Anspruch auf eine militärische Führungsrolle in Europa.
- ✓ Die nuklearen Fähigkeiten der Bündnispartner stellen eine wesentliche Komponente der militärischen Abschreckung dar. Deutschland bekennt sich zum nuklearen Schutz durch die NATO.
- ✓ Deutschland beteiligt sich an keinen politischen Maßnahmen zur Schaffung einer »EU-Armee«.
- ✓ Deutschland setzt sich für eine aktive Entspannungspolitik der NATO gegenüber der Russischen Föderation ein.
- ✓ Deutschland leistet seinen Beitrag bei den Sicherheitsgarantien für die osteuropäischen Staaten.

Auslandseinsätze

Die Bundeswehr ist eine Armee zur Landes- und Bündnisverteidigung. Auslandseinsätze sind nur in Ausnahmefällen sinnvoll und zulässig. Es gilt der Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten. Entsendet die Bundesrepublik Deutschland dennoch bewaffnete Streitkräfte ins Ausland, darf die Verteidigungsbereitschaft dadurch zu keinem Zeitpunkt gefährdet sein.

Struktur, Ausrüstung und Personalwesen der Bundeswehr orientieren sich stets am Hauptauftrag der Landesverteidigung. Mögliche Auslandseinsätze müssen in Zweitfunktion durchgeführt werden können. Sie folgen zudem stets dem nationalen Interesse Deutschlands und respektieren die strengen Vorgaben aus nationalem und internationalem Recht. Werden deutsche Streitkräfte im Ausland eingesetzt, müssen die politischen Ziele dieses Engagements in einer Exit-Strategie klar definiert sein. Die Risiken unserer Soldaten und die Kosten des Einsatzes müssen in einem angemessenen Verhältnis zu den erreichbaren Zielen stehen.

Positionen:

- ✓ Auslandseinsätze dienen dem nationalen Interesse Deutschlands.
- ✓ Militärische Interventionen erfolgen nur auf Grundlage einer völkerrechtlichen Legitimation und in einem System kollektiver Sicherheit.
- ✓ Deutschland respektiert den Grundsatz der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten fremder Staaten.
- ✓ Kein Auslandseinsatz ohne tragfähige Strategie (Exit-Strategie).
- ✓ Auslandseinsätze werden jährlich evaluiert, die Ergebnisse werden veröffentlicht.
- ✓ Aufträge in friedenunderstützenden Einsätzen, die nicht das militärische Kerngeschäft berühren, werden hauptsächlich durch zivile staatliche und nichtstaatliche Organisationen durchgeführt.

Einsatz der Bundeswehr im Inneren

Innere und äußere Sicherheit unseres Landes lassen sich nicht mehr getrennt voneinander schützen. Zur Gefahrenabwehr unterhalb der Schwelle des Verteidigungsfalles, kann die Bundeswehr zukünftig im Rahmen eines „erweiterten militärischen Einsatzes“ im Inland eingesetzt werden. Die Sperrwirkung des Grundgesetzes ist anzupassen. Die Bundeswehr wird befähigt, auf Bedrohungsszenarien, wie Terrorangriffe, Cyberangriffe, Drohnenangriffe oder Angriffe mit gekaperten Flugzeugen reagieren zu können. Sie hält für diese Aufgaben Alarmkräfte vor. Das Reservistenkorps wird in diese Alarmkräfte integriert.

Die Bundeswehr übt regelmäßig die Kooperation mit Polizei und zivilen Organisationen. Diese Übungen zum Bevölkerungsschutz werden einmal jährlich unter Einsatz aller Kräfte stattfinden. Ausschließlich computergestützte Übungen sind nicht ausreichend. Feldübungen unter Einsatz aller Kräfte erhöhen zudem die Akzeptanz in der Bevölkerung.

Positionen:

- ✓ Die Bundeswehr wird zum Einsatz im Inneren autorisiert.
- ✓ Großlagen zur Gefahrenabwehr werden jährlich in Kooperation mit zivilen Behörden geprobt.
- ✓ Die Bundeswehr stellt Alarmkräfte für den Bevölkerungsschutz auf. Das Reservistenkorps wird in diese Alarmkräfte eingebunden.
- ✓ Die Gesamtleitung bei Großlagen im Inneren liegt bei der Polizei.

Heimat- & Grenzschutz

Heimatschutz ist Aufgabe der Streitkräfte im Verteidigungsfall. Das breite Band asymmetrischer Bedrohungen gegen Deutschland verlangt den Schutz unserer Heimat durch die Bundeswehr aber auch im Frieden. Nur die Bundeswehr hat die Fähigkeiten, Polizei und zivile Organisationen bei Großlagen, etwa bei Terroranschlägen, über einen längeren Zeitraum zu unterstützen. Dem aufzustellenden Reservistenkorps kommt hierbei eine Schlüsselfunktion zu. Die Reservistenverbände trainieren regelmäßig den Einsatz im Inneren in Kooperation mit zivilen Behörden. Grundgesetzliche Beschränkungen werden aufgehoben. Die Bundesregierung regelt die rechtlichen Rahmenbedingungen für die Cyber-Abwehr durch die Bundeswehr.

Deutsche Streitkräfte können auch zum Grenzschutz eingesetzt werden. Insbesondere das Reservistenkorps wird befähigt, die Bundespolizei beim Schutz der deutschen Außengrenzen zu unterstützen. Das Reservistenkorps erhält dazu eine eigene Aufklärungseinheit, die das gesamte Spektrum der bodengebundenen und luftgestützten Aufklärung abdeckt.

Positionen:

- ✓ Die Bundeswehr stellt den Heimatschutz auch im Frieden sicher.
- ✓ Heimatschutz besteht unter anderem aus: Bekämpfung feindlicher Luft- und Seelandungen, Schutz militärischer Einrichtungen, Betrieb von Mobilmachungszentren und Aufstellungsräumen, sowie Sicherung der gesamten kritischen – auch digitalen – Infrastruktur.
- ✓ Das Reservistenkorps wird zum Grenzschutz befähigt und ausgerüstet.
- ✓ Cyberabwehr ist eine ressortübergreifende Aufgabe. Die Bundeswehr beteiligt sich an dieser Aufgabe. Der Bund regelt die rechtlichen Rahmenbedingungen.
- ✓ Die Heimatschutzverbände müssen über die Befähigung zur essentiellen Hilfe bei Naturkatastrophen jeglicher Art verfügen.

Budget & Organisation

Haushalt

Um den Auftrag der Landesverteidigung erfüllen zu können, ist die Bundeswehr auf eine verlässliche Finanzierung angewiesen. Das Grundgesetz weist dem Haushaltsplan die Gestaltungshoheit über die personelle Stärke und die materielle Ausstattung zu. Gleichwohl darf das jährlich schwankende Budgetrecht des Parlaments nicht dazu führen, dass die Einsatzbereitschaft der Bundeswehr und damit die Verteidigungsbereitschaft der Bundesrepublik Deutschland zur Disposition stehen. Das Grundgesetz muss in einer Form angepasst werden, dass eine Gefährdung der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr zu jedem Zeitpunkt ausgeschlossen ist.

Eine dauerhaft gesicherte Finanzplanung der Streitkräfte ist auch Voraussetzung für eine verlässliche Partnerschaft Deutschlands im nordatlantischen Bündnis. Die Bundesrepublik Deutschland hält sich uneingeschränkt an die vertraglich vereinbarten Zusagen gegenüber der NATO. Darüber hinaus wirkt Deutschland, als politisch und wirtschaftlich stärkste Nation in Europa, auf eine militärische Führungsposition auf dem Kontinent im Rahmen der NATO hin.

Die Finanzierung der deutschen Streitkräfte richtet sich an diesen Zielen aus.

Positionen:

- ✓ Die Budgetierung der Bundeswehr garantiert den verfassungsmäßigen Auftrag der Landesverteidigung.
- ✓ Die Verteidigungsbereitschaft Deutschlands wird grundgesetzlich verankert.
- ✓ Deutschland erfüllt seine finanziellen Zusagen gegenüber der NATO uneingeschränkt.
- ✓ Deutschland beteiligt sich nicht am „EU-Verteidigungsfonds“.
- ✓ Die Höhe der Rüstungsausgaben und Investitionen muss mindestens 20 Prozent des Gesamtetats der Streitkräfte betragen.



Struktur der Streitkräfte

Die Struktur der deutschen Streitkräfte richtet sich allein am Hauptauftrag, der Landes- und Bündnisverteidigung, aus. Größe und Organisation der Bundeswehr korrespondieren mit den Fähigkeiten des zu erwartenden Hauptgegners. Im Rahmen eines Krieges zur Bündnisverteidigung, schultert die Bundeswehr den größten Anteil des Abwehrkampfes unter den europäischen NATO-Partnern. Darüber hinaus muss die Bundeswehr einem Angriff auf das deutsche Staatsgebiet bis zur tatsächlichen Umsetzung des Bündnisfalls weitgehend autark standhalten. Dieser Zeitraum wird mit 20 Tagen veranschlagt.

Die Bundeswehr wird in einem ersten Schritt auf 230.000 Soldaten anwachsen. Diese Größe orientiert sich an den Ergebnissen der Weizäcker-Kommission. Das aufzustellende Reservistenkorps hat eine Größe von 50.000 Soldaten und wird in die Struktur der aktiven Truppe integriert. Die deutsche Bundeswehr baut einen Generalstab auf.

Positionen:

- ✓ Die Personalstärke der Bundeswehr wird auf 230.000 Soldaten erhöht.
- ✓ Aufstellung eines Reservistenkorps mit 50.000 Soldaten.
- ✓ Deutschland trägt die militärische Hauptlast bei der Bündnisverteidigung unter den europäischen NATO-Partnern.
- ✓ Durchhaltefähigkeit der Bundeswehr zur Verteidigung des deutschen Staatsgebiets von 20 Tagen.
- ✓ Die Bundeswehr kehrt in die Fläche zurück. Heimatnahe Kasernen schaffen Attraktivität für Soldaten und erhöhen die Akzeptanz in der Gesellschaft.
- ✓ Modernisierung und Reaktivierung der Infrastruktur zur Landes- und Bündnisverteidigung.
- ✓ Schaffung von flexiblen Verpflichtungsmöglichkeiten für Zeit- und Berufssoldaten.
- ✓ Die Bundeswehr baut einen Generalstab auf.

Verwaltung

Die Trennung von Truppe und ziviler Verwaltung in der Bundeswehr geht auf die negativen historischen Erfahrungen Deutschlands zurück. Die Bundeswehr hat in ihrer über sechzigjährigen Geschichte ihre Verfassungstreue verlässlich unter Beweis gestellt. Die grundgesetzliche Verankerung dieses Misstrauens gegenüber unseren Soldaten ist nicht mehr zeitgemäß und wird zum Zwecke einer Straffung des Führungsprozesses abgeschafft. Die Verwaltung wird in die Truppe integriert.

Die Wehrverwaltung wird befähigt, die Wehrerfassung unverzüglich wieder aufzunehmen. Dies ist Voraussetzung für die Reaktivierung der Wehrpflicht. Die Reservisten und Veteranen der Bundeswehr werden zentral erfasst und administrativ betreut. Alle Verwaltungsabläufe werden durchgehend digitalisiert und wann immer möglich, mit zivilen IT-Systemen harmonisiert.

Positionen:

- ✓ Die Verwaltung dient der kämpfenden Truppe.
- ✓ Die Trennung von Streitkräfte und Wehrverwaltung nach Artikel 87a und Artikel 87b des Grundgesetzes wird aufgehoben.
- ✓ Integration der Verwaltung in die Truppe.
- ✓ Der Aufwuchs der Bundeswehr wird durch infrastrukturelle Maßnahmen unterstützt. Veräußerungsstopp für Liegenschaften der Bundeswehr.
- ✓ Wiederaufnahme der Wehrerfassung. Musterung aller deutschen Männer ab dem 18. Lebensjahr.
- ✓ Aufbau von Rekrutierungsbüros in deutschen Innenstädten.
- ✓ Modernisierung der Wehrverwaltung durch Insourcing, Digitalisierung und Verschlankung.

Material & Ausrüstung

Deutschlands Streitkräfte brauchen eine Ausrüstung, die ihnen die Überlegenheit auf dem Gefechtsfeld sichert. Der Investitionsstau bei der Bundeswehr muss zügig abgebaut werden, um die Einsatzbereitschaft der Streitkräfte wiederherzustellen. Neue Technologien, die die Sicherheit der Bundesrepublik und seiner Bürger erhöhen, werden gezielt gefördert und beschafft. Es gelten die Einschränkungen des internationalen Rechts in bewaffneten Konflikten.

Die heimische wehrtechnische Industrie ist der bevorzugte Partner der Bundeswehr. Sie wird durch einen nationalen Beschaffungspakt und gesicherte Exportquoten in die Lage versetzt, deutsche Schlüsseltechnologien und Kernfähigkeiten national vorhalten zu können. Die Bundesrepublik fördert die Kooperation der Wehrindustrie mit deutschen Universitäten. Das Beschaffungswesen der Bundeswehr wird neu organisiert. Es gilt der Grundsatz: Die Beschaffung richtet sich am Bedarf der Streitkräfte aus. Dafür wird die grundgesetzliche Trennung zwischen Streitkräften und Wehrverwaltung aufgehoben. Kooperationen mit Partnerstaaten in der Entwicklung und Beschaffung sind willkommen, um Fähigkeitslücken auf dem nationalen Markt zu schließen.

Positionen:

- ✓ Die Bundeswehr wird aufgerüstet, um die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands zu sichern
- ✓ Material und Ausrüstung der Bundeswehr entsprechen den höchsten qualitativen Anforderungen.
- ✓ Die heimische wehrtechnische Industrie wird gefördert und gesichert. Die Bundesrepublik gibt verlässliche Exportgarantien.
- ✓ Deutschland nutzt neue Technologien für die Bundeswehr. Dazu gehören bewaffnete Drohnen, künstliche Intelligenz, Biometrie, Cybertechnik und Robotik.
- ✓ Staatliche Universitäten sind zur Kooperation mit der wehrtechnischen Industrie angehalten
- ✓ Deutschland kooperiert mit Partnerstaaten, um fehlende nationale Fähigkeiten in der Rüstung zu beschaffen.

Werte & Normen

Selbstverständnis & Tradition

Die Bundeswehr ist die Armee der Deutschen. Sie steht unverrückbar auf dem Boden der freiheitlich-demokratischen Grundordnung. Sie tritt seit ihrer Gründung verlässlich für das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes ein. Der Soldatenberuf ist Dienst am Gemeinwesen. Tausende Soldaten verloren für diesen Dienst ihr Leben. Die Regierungen in Bund und Ländern fördern die gesellschaftliche Anerkennung der Bundeswehr. Die Bundesregierung setzt sich für eine gesellschaftliche Privilegierung ihrer Soldaten ein. Angehörige der Bundeswehr sind durch ihren Eid zur Treue verpflichtet. Dieser Eid folgt den Prinzipien von Befehl und Gehorsam, der Pflicht zur Kameradschaft und verlangt von jedem Soldaten, notfalls seine Gesundheit und sein Leben zur Auftragserfüllung einzusetzen. Dies alles sind einzigartige Kennzeichen eines Berufsbildes, das sich dadurch von anderen hoheitlichen Aufgaben deutlich abgrenzt.

Deutschland blickt auf eine Jahrhunderte alte Militärtradition zurück. Diese Tradition ist geprägt von Erfolgen und Brüchen, von Falschem und Richtigem.



Als Staatsbürger in Uniform definieren die Soldaten der Bundeswehr ihre Militärtradition zu wesentlichen Teilen selbst.

Positionen:

- ✓ Die Bundeswehr ist eine Parlamentsarmee. Sie steht fest auf dem Boden des Grundgesetzes und ist durch den Eid dem deutschen Volk verpflichtet.
- ✓ Der Soldatenberuf verpflichtet zur Treue, zu den Prinzipien von Befehl und Gehorsam, zur Kameradschaft und notfalls zum Einsatz von Leib und Leben.
- ✓ Die Bundeswehr pflegt einen starken Korpsgeist, ihre Traditionen und deutsche Werte.
- ✓ Die Tugenden des Soldaten sind Ehre, Treue, Kameradschaft und Tapferkeit.
- ✓ Die Bundeswehr lebt die besten Traditionen der deutschen Militärgeschichte. Sie helfen, soldatische Haltung und Tugenden – auch in der Öffentlichkeit – zu manifestieren. Militärisches Liedgut und Brauchtum sind Teil davon.
- ✓ Traditionswürdigkeit beruht stets auf einer Einzelfallbetrachtung. Persönlichkeiten und militärische Ereignisse sind stets im Kontext der jeweiligen Epoche zu bewerten.
- ✓ Taktische und strategische Lehrbeispiele aus der deutschen und internationalen Militärgeschichte dienen der Truppe zur Wissensvermittlung und damit zur Auftragserfüllung.

Soldat & Gesellschaft

Die Soldaten der Bundeswehr sind Bürger unseres Landes. Sie kommen aus allen Schichten der Gesellschaft und vereinen sich in dem Gedanken, dem Vaterland dienen zu wollen. Regierungen in Bund und Ländern fördern die Bereitschaft zum Dienst in den Streitkräften. Sie unterstützen die Wertschätzung für diesen Dienst und fördern die gesellschaftliche Akzeptanz. Dazu erhöhen sie unter anderem die Zahl öffentlicher Gelöbnisse, Tage der offenen Tür und zivil-militärische Veranstaltungen. Die Bundeswehr und ihre Soldaten präsentieren sich am Tag der deutschen Einheit mit einer Hauptstadt-Parade.

Die Aufgaben der Bundeswehr, ihren Verfassungsauftrag, die Einsätze und der Dienstathtag der Soldaten erhalten Einzug in die Unterrichts- und Ausbildungspläne der Länder. Jugendoffiziere der Bundeswehr unterstützen diese Aufklärungsarbeit. Vorgesetzte ermutigen ihre Soldaten zum Tragen der Uniform in der Öffentlichkeit. Anfeindungen oder gar Angriffe gegen Soldaten werden strafrechtlich konsequent verfolgt.

Positionen:

- ✓ Der Soldat gehört in die Mitte der Gesellschaft. Ihm gebührt Wertschätzung und Anerkennung als Verteidiger seines Landes.
- ✓ Staatliche Institutionen fördern die gesellschaftliche Anerkennung der Bundeswehr.
- ✓ Gelöbnisse, Zapfenstriche, Tage der offenen Tür, Biwaks und Paraden machen den Soldaten in der Öffentlichkeit sichtbar und werden gefördert.
- ✓ Patenschaften zu militärischen Standorten und Organisationen werden gepflegt und unterstützt.
- ✓ Die Bundeswehr erhält Eingang in die Unterrichts- und Ausbildungspläne der Schulen.
- ✓ Jugendoffiziere stehen Schulen und Ausbildungseinrichtungen als Berater zur Seite.
- ✓ Angriffe und Anfeindungen gegen Soldaten werden strafrechtlich konsequent verfolgt.
- ✓ Das Tragen von Uniform in der Öffentlichkeit wird gefördert. Der Bund schafft dafür Anreize in Form von Vergünstigungen.

Menschenführung & Auftragstaktik

Die Auftragstaktik als Kern der Führungskultur hat sich in den Jahrhunderten der deutschen Militärgeschichte bewährt. „Führen mit Auftrag“ fördert das Vertrauen in die Soldaten, verschafft der Truppe Flexibilität in der Auftragserfüllung und respektiert die Fähigkeiten des uniformierten Staatsbürgers. Die politische Leitung der Bundeswehr förderte die Auftragstaktik in der Bundeswehr und führt die Streitkräfte nach diesem Grundsatz.

Das Prinzip der Inneren Führung stärkt die Stellung der Einheitsführer und Disziplinarvorgesetzten auf allen Ebenen. Der militärische Nachwuchs aller Dienstgrade wird zu Selbstständigkeit, Entscheidungsfreude und Verantwortlichkeit für das eigene Handeln erzogen. Vorschriften und Soldatengesetz unterstützen diesen Anspruch an die Soldaten der Bundeswehr. „Parallele Meldewege“ sind unzulässig. Sie schaffen eine Kultur des Misstrauens und schädigen Selbstständigkeit und Vertrauen in die Fähigkeiten der deutschen Soldaten. Aus Gründen der besonderen Berücksichtigung des soldatischen Dienstes baut die Bundeswehr eine eigene Militärjustiz auf.

Positionen:

- ✓ Die Bundeswehr führt mit Auftrag und wird mit Auftrag geführt.
- ✓ Die Führungskultur der Bundeswehr setzt auf Vertrauen in die Fähigkeiten und das Urteilsvermögen ihrer Soldaten.
- ✓ Der Führernachwuchs wird zu Selbstständigkeit, Entscheidungsfreude und zu einer Verantwortungsethik im Sinne der Inneren Führung erzogen. Die Entscheidungsbefugnis der Einheitsführer und Disziplinarvorgesetzten wird gestärkt.
- ✓ Dienstaufsicht ist Hilfe und Unterstützung, kein Mittel zur Überwachung und Bevormundung.
- ✓ Innere Führung braucht soldatische Tugenden. Befehl und Gehorsam sind integraler Bestandteil.
- ✓ Die Bundeswehr baut eine eigene Militärjustiz auf.

